



Begründungen zur Verleihung des Qualitätssiegels an die Landeshauptstadt München

**Das Siegel würdigt den hohen Leistungsstandard im Bemühen um soziale Gerechtigkeit in München,
... um für alle Menschen in der Stadt ein Leben in Würde zu sichern und Armut und Ausgrenzung zu verhindern**

Inwiefern eine Stadtpolitik als sozial bezeichnet werden kann, muss sich auch an den Bemühungen der Stadt zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung bemessen lassen. Daher hat das Bündnis München Sozial als ersten Themenbereich die Münchner Armutsbekämpfung analysiert und einige Anforderungen formuliert. Wir messen dies derzeit an folgenden Punkten:

Beibehaltung der Regelsatzerhöhung bei der Grundsicherung im Alter.

München hat als erste Kommune eine Regelsatzerhöhung im SGB XII gezahlt und tut es noch. Hierfür gibt es in der Bewertung sozusagen die höchstmögliche Punktzahl.

Keine 100%ige Kürzung beim SGB II-Bezug wegen fehlender Mitwirkung. Da das Arbeitslosengeld II bereits das Existenzminimum ist, spricht sich das Bündnis gegen Totalkürzungen aus. Am 15. April 2010 hat der Sozialausschuss sich mehrheitlich gegen eine 100%ige Kürzung ausgesprochen. Daher gibt es auch hier die „volle Punktzahl“.

Beim Punkt **„Beschleunigter Ausbau der Angebote zur Schuldnerberatung“** wurde die Umsetzung anhand des Finanzierungsvorbehalts mit einem großem Fragezeichen versehen. Hier ist für das Qualitätssiegel sozusagen „nach oben noch Luft drin“.

Attraktive ÖPNV und Bahnangebote für Bedürftige, u.a. zeitlich unbeschränkte Nutzung der IsarCard S durch Einführung eines München-Pass B (B f. Beschäftigte, die SGB II – oder SGB XII – Leistungen beziehen, z.B. MAW-Kräfte). Auch hier hat München schon einiges erreicht im Sinne sozialer Stadtpolitik, doch für die Zukunft bleibt noch etwas zu tun.

Kostenloses und gesundes Mittagessen zunächst für bedürftige,- langfristig für alle – Kinder und Jugendlichen in öffentlichen Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Schulen. Bezüglich des kostenlosen Mittagessens für bedürftige Kinder und Jugendliche bestand allgemein Einigkeit im Ziel. Vielerorts wird das an Münchner Schulen und Einrichtungen auch bereits umgesetzt.



... gesundheitliche und pflegerische Versorgung sicherzustellen

Das Bündnis München Sozial würdigt die Bemühungen der Stadtverwaltung, gerade auch für die kleinsten Bürger die Gesundheitsförderung in allen Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Schulen durch ein tägliches Bewegungs- und Sportangebot sicherzustellen. Mit Hilfe des Angebotes einer präventiven Gesundheits- und Ernährungsberatung fördert die Stadt, dass sich bei den Kindern möglichst früh sinnvolle Ernährungsgewohnheiten verfestigen, die eine gute Basis für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit schaffen.

Gleichzeitig möchten wir durch die Verleihung des Qualitätssiegels auch den Ausbau der ambulanten und (teil-)stationären Unterstützungsangebote von Menschen im Alter honorieren, der es vielen älteren Münchnerinnen und Münchnern ermöglicht, so lange wie möglich in ihrem eigenen Heim, in vertrauter und bekannter Umgebung zu bleiben und so selbständig leben zu können. Durch die Gewährung von Pflege ergänzenden Leistungen für Bürger, die von Armut betroffen sind, setzt die Stadt München für die Ärmsten der Armen ein deutliches Zeichen und tritt gegen Altersarmut ein.

„Dass wir sie nicht vergessen“, war Titel einer Studie, die der Stadtrat 2001 in Auftrag gab, um mehr Licht auf eine Personengruppe zu werfen - Menschen, die in unserer Stadt ohne gültige Aufenthaltspapiere leben.

Denn „Die im Dunkeln sieht man nicht“, heißt es bei Berthold Brecht. Diese Menschen leben, lieben und arbeiten hier, werden krank und haben Probleme, für die es oft keine Lösung gibt. Umso wichtiger sind die Bemühungen der Stadt eine medizinische Versorgung für diese Menschen, die von unserer Gesundheitsversorgung ausgeschlossen sind, sicherzustellen. Die Stadt München zeigt ebenfalls immer wieder Wege auf, wie sich humanitäre Maßnahmen zur medizinischen Versorgung derer, die legal hier sind, sich aber keine Krankenversicherung leisten können, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten durchsetzen lassen. Dieses Engagement möchten wir an dieser Stelle besonders hervorheben. München kann darauf stolz sein, die erste Kommune Deutschlands gewesen zu sein, in welcher der Stadtrat den Mut hatte, den Tatsachen ins Auge zu sehen und einzugestehen, dass auch Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel Teil der Stadtbevölkerung sind.

Sie nimmt damit auch eine Vorreiterrolle gegenüber anderen Kommunen ein.

(für die Arbeitsgruppe vorgetragen von Claudia Haemmerling)



...allen jungen Menschen gleichen und kostenfreien Zugang zu umfassender Bildung und allen Bürger/innen zu lebenslangem Lernen zu ermöglichen.

Die Stadt München kann im Bildungsbereich auf eine sehr erfolgreiche Geschichte zurückblicken und auch gegenwärtig in vielen Bildungsbereichen auf einen sehr hohen Standard verweisen. Die Stadt ist geprägt vom Wirken Georg Kerschensteiners und Anton Fingerles und engagiert sich schon seit vielen Jahrzehnten als Träger eigener weiterführender Schulen, profilierter Berufsschulen, Wirtschaftsschulen und vieler weiterer Bildungsstätten.

Als Sachaufwandsträger ist die Stadt auch für das staatliche Schulwesen zuständig und finanziell gefordert. Es gibt in München ein bundesweit beispielhaftes Netz an Kinder- und Jugendfreizeitstätten, ein vorbildliches Übergangs- und Unterstützungssystem zwischen schulischer und beruflicher Bildung, eine vergleichsweise gut ausgestattete Schulsozialarbeit, ein sehr dichtes Netz an Stadtbibliotheken und die größte Volkshochschule Europas.

Gerade im Bereich der Vorschulbildung, also bei Krippen und Kindertagesstätten ist derzeit ein hoher Bedarf an Investitionen und Betriebsmitteln gegeben, den die Stadt München mit erster Priorität und hohem finanziellen Engagement unterstützt.

Bildung bedeutet für uns immer eine ganzheitliche Sicht auf den (jungen) Menschen, was auch die gezielte Förderung von Teilhabe am Gemeinwesen umfasst. München fördert nicht nur den Stadtschülerrat, sondern auch viel andere Initiativen, Gruppierungen und Verbände, in denen junge Menschen sich engagieren.

Auch die am Bedarf junger Menschen orientierte Förderung in Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen ist der Stadt ein sehr wichtiges Anliegen, was sich am hohen finanziellen Engagement zeigt.

Die Kostenfreiheit von Bildung ist ein hohes Anliegen, dass allen jungen Menschen den diskriminierungsfreien Zugang zu gleichen Lebenschancen ermöglichen soll. Dieses Anliegen ist längst nicht in allen Bereichen erfüllt. Wir erwarten von der Stadt München sich dafür als mittelfristiges Ziel einzusetzen.

Wir sehen die Stadt München insgesamt auf einem sehr guten (Bildungs-) Weg und sind der Meinung, dass die Stadt dafür das Qualitätssiegel „Soziale Stadt München“ erhalten soll.



... bürgerschaftliches Engagement und Solidarität in der Stadtgesellschaft stärken.

Die Stadt München fördert finanziell eine solide Struktur im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements: von Tatendrang, über die Freiwilligenzentren, bis hin zu den Info-Points und den Beauftragen für bürgerschaftliches Engagement in den Freiwilligenzentren. Diejenigen, die sich außerhalb von etablierten Strukturen engagieren und hin und wieder auch unbequem sind, aber gerade dadurch Schwachstellen sichtbar machen, sind dabei allerdings weniger im Blick. Das sollte sich ändern.

Bürgerschaftlich Engagierte leisten einen hohen Beitrag für das Gemeinwohl. Das könnte durch symbolische Gesten wie Ehrungen, Auszeichnungen oder Einladungen, aber auch durch kleine Vergünstigungen bei der Inanspruchnahme öffentlicher Dienstleistungen noch mehr anerkannt werden. Mit der bundesweit gültigen „Jugendleiter Card“ gibt es bereits ein funktionierendes System der Zertifizierung ehrenamtlichen Engagements, das nicht nur Aktivität, sondern auch entsprechende Qualifikation bestätigt. Die Stadt München soll sich unseres Erachtens dafür einsetzen, solche Systeme auch in anderen Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements zu etablieren. Die kleinen Anerkennungen beim Besuch von Theatern, Schwimmbädern, Bibliotheken oder ähnlichen bewirken bei relativ geringem finanziellem Einsatz ein sehr hohes Motivationspotential.

Im Bereich Qualifizierung für bürgerschaftlich Engagierte wünschen wir uns noch mehr direkte und oftmals auch ganz praktische Unterstützung von z. B. Vereinen und Initiativen zu Zeiten und Bedingungen, die den Ehrenamtlichen entsprechen, d. h. abends und am Wochenende.

Die Stadtverwaltung ist aktiv in der Werbung für bürgerschaftliches Engagement. Wir regen an, dass Bürger_innen stärker in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse einbezogen werden. Das bedeutet eine Öffnung der städtischen Referate.

(für die Arbeitsgruppe vorgetragen von Dr. Martina Ortner)



... um bezahlbaren Wohnraum und das soziale Miteinander fördernde Wohnformen

Wohnen in München: dies ist nicht nur Programm, sondern auch Aufgabe, die ernst genommen, angepackt und umgesetzt wird.

Seit Jahren engagiert sich die Landeshauptstadt mit ihrem Programm „Wohnen in München“ als Kommune in der Wohnungsbauförderung. Dieses erhaltenswerte Programm mit einem Volumen von über 650 Millionen ist beispiellos für eine Kommune in der Republik. München stellt sich den Herausforderungen auf dem engen Wohnungsmarkt mit zusätzlichen städtischen Förderinstrumenten. Ein eigenes München Modell soll denjenigen zu preisgünstigem Wohnraum verhelfen, die zuwenig für den freifinanzierten Markt, aber zuviel für die sonstigen geförderten Wohnformen verdienen. München versucht somit Defizite von Bundes- und Landesebene auszugleichen, dies ist wesentlich für eine soziale Stadt. Bedeutend ist aber auch die Grundüberzeugung, dass es in der Stadt keine Ghettobildung geben darf und daher bei Neubaugebieten das Nebeneinander von Eigentumswohnungen, freifinanzierten Mietwohnungen und Sozialwohnung bestehen bleiben muss.

Unsere Überzeugung ist es auch, dass das Bekenntnis zu den städtischen Wohnungsbaugesellschaften wesentlich ist. Diese dürfen nicht aus der Hand gegeben werden. Die Stadt München hat sich stets und auch jüngst für die Sicherung bezahlbarer Wohnungen eingesetzt, sie ist Verbündeter der Mieter. In jüngster Zeit ist die Unterstützung bei der Sicherung der GBW AG Wohnungen zu würdigen.

Dass der genossenschaftliche Wohnungsbau bei der Vergabe von Baurechten in Neubaugebieten berücksichtigt wird und bei der Reprivatisierung von im Vorkaufsweg erworbenen Häusern Genossenschaften zum Zug kommen, ist für uns ein wichtiger aber auch weiter zu fördernder Baustein.

München hat das Instrument der sozialgerechten Bodennutzung als eine der ersten Kommunen angewandt und verfeinert und damit den Bürgerinnen und Bürgern über 400 Millionen € an Ausgaben erspart und auch mehrere Millionen Quadratmeter Grund und Boden zur öffentlichen Nutzung im Gegenzug erhalten. Wir anerkennen mit dem Qualitätssiegel den besonderen Einsatz für diese sozialgerechte Bodennutzung. Wir verbinden aber auch die Erwartung, dass dieses Instrument nicht aus der Hand gegeben wird.

Wichtig ist für uns aber auch ein Einsatz für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende und Studierende.

Wir würdigen alle diese Anstrengungen und sind der Auffassung, dass München für seine Wohnungs- und Wohnungsbaupolitik das Qualitätssiegel soziale Stadt erhalten soll.

(für die Arbeitsgruppe vorgetragen von Johannes Denninger)



... Arbeit und Beschäftigung durch sozialpolitische Maßnahmen

Das MBQ ist das arbeitsmarktpolitische Programm der LHM und soll die Brücke zum ersten Arbeitsmarkt schlagen. Im Mittelpunkt des Programms steht die berufliche und soziale Integration von Personen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt als benachteiligt gelten. Im Zusammenwirken mit der ARGE für Beschäftigung München GmbH (ARGE) und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und der MAG AFI wird ein auf die örtlichen Gegebenheiten abgestimmtes Beschäftigungsprogramm für Zielgruppen insbesondere des SGB II angeboten. Der Mitteleinsatz der LHM beträgt jährlich ~ 28 Mio Euro. Aus der Zielgruppe werden ca. 10 000 Personen durch das MBQ erreicht und mit Angeboten versorgt.

Weiterentwicklung eines Dritten Arbeitsmarktes für München

Wir sind mit der Stadtverwaltung übereingekommen, bei der Weiterentwicklung des Dritten Arbeitsmarktes (u.a. beim „Beschäftigungszuschluss“ gem. § 16e SGB II) die nächsten Schritte gemeinsam zu gehen und „passfähig“ für die Münchner Gegebenheiten auszugestalten.

Berücksichtigung von sozialen Betrieben und Integrationsfirmen bei öffentlichen Vergaben

Im Zuge des "Vergaberechtsmodernisierungsgesetzes" sollen künftig für die Auftragsausführung zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden können, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen und sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben.

Mindestlohn – tarifliche Branchenlöhne

Die Forderung nach einem Mindestlohn gilt erst recht, wenn ab dem 1. Mai 2011 vollständige Freizügigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt herrscht. Das darf nicht der Beginn eines Wettbewerbs um Dumpinglöhne werden. Der gesetzliche Mindestlohn sollte so ausfallen, dass eine Arbeitnehmerin, ein Arbeitnehmer sicher sein kann, bei Vollzeittätigkeit ohne öffentliche Hilfe den eigenen Lebensunterhalt bestreiten zu können. – Wir sehen hier programmatischen Konsens.

Nach Maßgabe der ausgewählten Aspekte erscheint es uns die Verleihung des Qualitätssiegels gerechtfertigt.

(für die Arbeitsgruppe vorgetragen von Andreas Görres)



... für angemessene Bedingungen für die in der sozialen Arbeit Tätigen zu sorgen.

1. Vergabe öffentlicher Aufträge nur an Anbieter, die tarifgebunden vergüten/
Schlechterstellungsverbot

Der Großteil der sozialen Einrichtungen, die von der Stadt München gefördert werden, setzen die Tarifbindung um; wir erachten dieses Anliegen damit als anteilig erfüllt. Das Bündnis plädiert jedoch dafür, der Tarifbindung bei der Vergabe einen hohen Stellenwert einzuräumen und einzufordern, dass die Mitarbeiter_innen der Auftragnehmer_innen auch nicht schlechter als im TVöD vergütet werden (Schlechterstellungsverbot).

2. Längerfristige Auftragsvergaben zur Erhöhung der Planungssicherheit für Maßnahmen

Hierzu sehen wir noch Verbesserungsbedarf.

3. Unterstützung beim Einsatz für eine geschlechtergerechte und der Verantwortung entsprechende und angemessene Entlohnung der Beschäftigten im sozialen Bereich
 - Z.B. beschäftigt die Stadt eine/n Gleichstellungsbeauftragte/n.
 - Bei den Stellenbesetzungen werden Bewerbungen unabhängig vom Geschlecht nach der Qualifikation beurteilt
 - Bei der Besetzung der Stellen im operativen Bereich und auf Leitungsebene wird diese Politik sichtbar (hoher Anteil an Teilzeitstellen)
 - Es wird eine familiengerechte Umsetzung von Teilzeitmodellen, sowohl für Männer als auch für Frauen, praktiziert.

Die Stadt agiert in diesen Punkten sehr vorbildlich. Das Qualitätssiegel ist damit gerechtfertigt. Bei der Entscheidung über Vergaben sollten diese Anliegen ebenfalls berücksichtigt werden.

4. Gute Rahmenbedingungen in der Sozialen Arbeit schaffen und sichern, wie z. B. Fortbildung und Supervision

Die Stadt München bietet ihren Mitarbeitern nach unserer Kenntnis, weitgehend entsprechende Arbeitsbedingungen. Die Ansätze für Supervision und Fortbildung in der Abrechnung mit Zuschussnehmer_innen sollten ggf. weiter erhöht werden, um gute Rahmenbedingungen bei den Auftragnehmer_innen zu sichern.



... Sicherung der finanziellen Basis der Kommune, damit die genannten Aufgaben erfüllt werden können.

Der Haushalt der Landeshauptstadt München hat in seiner Planung 2010 ein strukturelles Defizit in Höhe von 226 Mio. Euro. Es setzt sich aus 86 Mio. Euro, die für die Tilgung von Darlehen ausgegeben werden müssen, und 140 Mio. Euro mehr Ausgaben als Einnahmen in der Jahresplanung. Wenn dieses strukturelle Defizit in den Jahren ab 2011 nicht ausgeglichen wird, drohen Auflagen und finanzpolitische Eingriffe durch die Bezirksregierung von Oberbayern.

Aus diesem Grund ist es notwendig, dass die Einnahmen der Landeshauptstadt München erhöht werden. Klappt dies nicht, werden droht die Kürzung von sog. freiwilligen Leistungen, also Leistungen, für die es keinen Rechtsanspruch gibt.

Ein Kriterium für die Vergabe des Siegels „Soziale Stadt München“ ist die Frage, ob und wenn ja, in welcher Form sich die Landeshauptstadt München für eine Verbesserung ihrer Einnahmesituation engagiert. Die konkreten Bewertungsmerkmale sind

- das Eintreten für die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer
- die Reduzierung der Gewerbesteuerumlage

- die Gegenwehr gegen Aufgabenübertragungen durch Bund oder Land ohne entsprechende Finanzmittel und

- das Eintreten für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Diese Vorgaben erfüllt die Landeshauptstadt München im Juni 2010 in vollem Umfang.

Wenn die Bundesregierung mit ihrer Steuerpolitik sich nur an den Durchschnitt der EU halten würde, hätten wir jährlich rund 33 Mrd. Euro mehr in der Kasse. Deutschland darf nicht länger eine Steueroase für diejenigen sein, die die Krise ausgelöst haben. Es kann nicht darum gehen, bei den Ärmsten zu sparen, sondern muss darum gehen, die Haushaltseinnahmen zu erhöhen.

(für die Arbeitsgruppe vorgetragen von Sonja Schmid)